

Unverständlich und riskant

Autor(en): **Freudiger, Patrick**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **95 (2020)**

Heft 2

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-914280>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Unverständlich und riskant

Die internationalen und Schweizer Bestände der Mission im Kosovo sind ständig reduziert worden. Nun soll plötzlich alles anders sein. Diese Kehrtwende leuchtet nicht ein. Die aktuelle Lage legitimiert keine Weiterführung eines Mandates, geschweige denn dessen Bestände zu erhöhen. Es ist nicht an der neutralen Schweiz, die Rolle einer Lückenfüllerin wahrzunehmen.

Patrick Freudiger, Dr. iur. Rechtsanwalt, Major Militärjustiz

In den letzten Jahren hat die Schweiz den Bestand der Schweizer Beteiligung Swisscoy an der multinationalen Kosovo Force (KFOR) von 235 auf 165 Armeeangehörige reduziert. Der Bundesrat sprach Ende 2016 von einer «Verbesserung und Stabilisierung der Sicherheitslage während der vergangenen fünfzehn Jahre» (BBI 2016) S. 8641.

Nun soll plötzlich alles anders sein. Der Bundesrat schlägt nicht nur eine Weiterführung des Swisscoy-Kontingents bis Ende 2023 vor, sondern sogar eine Aufstockung auf 195 Armeeangehörige. In der aktuellen Botschaft wird von einer «Verschlechterung der Sicherheitslage und des politischen Umfelds» gesprochen (BBI 2019 S. 8469)

Diese Kehrtwende leuchtet nicht ein. Der Bundesrat selbst anerkennt, dass es «keine wirkliche militärische Bedrohung im Kosovo mehr gibt» (S. 8457). Und weiter: «Die Sicherheit im Alltag kann in Kosovo als gut bewertet werden, wozu die kosovarische Polizei wesentlich beiträgt». Auch offizielle Hassreden gegen die Minderheiten wurden nicht registriert. (S. 8457) Das kosovarische Parlament hat zudem 2018 beschlossen, die bestehende Kosovo Security Force (KSF) von einer staatlichen Zivilschutzorganisation in eine reguläre Armee umzuwandeln.

Angesichts der verbesserten Sicherheitslage hat Deutschland seinen Truppenbestand bei der KFOR reduziert, Frankreich hat sein Kontingent gar vollständig abgezogen. Die Briten haben zwar

ein Kontingent für die KFOR im Kosovo beschlossen, doch fällt dieses mit nur 30 Armeeangehörigen bescheiden aus.

Selbstverständlich ist das Verhältnis zwischen Kosovo und Serbien weiter angespannt. Serbien hat die Unabhängigkeitserklärung des Kosovos bis heute nicht anerkannt. Es mag vereinzelt auch zu Einschüchterungsversuchen gegenüber Beamten kommen. Das ist indes noch kein Grund, ein Mandat für militärische Auslandseinsätze weiterzuführen, geschweige denn Bestände zu erhöhen. Derartige Zustände bestehen zuhauf auf der Welt, ohne dass die sogenannte internationale Gemeinschaft eingreifen würde. Friedensför-

derungseinsätze im Ausland sind für neutrale Staaten wie die Schweiz ganz allgemein heikel. Wenn Truppen in einen Konflikt eingreifen, müssen sie Partei ergreifen. Der Staat, der Truppen entsendet, läuft Gefahr, nicht mehr als neutral zu gelten. Angesichts der in der Schweiz lebenden Kosovaren und Serben besteht zudem ein gewisses Risiko innenpolitischer Spannungen bei Vorfällen in Zusammenhang mit militärischen Auslandseinsätzen. Es ist nicht an der neutralen Schweiz, die Rolle einer Lückenfüllerin wahrzunehmen, wenn bspw. Frankreich aufgrund eigener Interessen Truppen vermehrt in der Sahelzone und nach Zentralafrika entsendet und deshalb Kontingente aus dem Kosovo abzieht.

Die Schweizer Armee wird in den nächsten Jahren auf das Vertrauen der Stimmbürger angewiesen sein. Die dringend nötige Beschaffung neuer Kampfflugzeuge steht an, nach der gescheiterten Gripen-Abstimmung. Es wäre fatal, wenn Bundesrat und Parlament die politische Akzeptanz für eine Kampfjetbeschaffung strapazieren würden, aufgrund von Auslandengagements, die finanziell erheblich und jedenfalls im beantragten Umfang nicht begründet sind. +



Bild: VBS